

Entschließungsantrag **der Fraktion der CDU/CSU**

zum Bericht zur Lage der Nation

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag erneuert seinen Willen, die Lebensfähigkeit Berlins dauerhaft zu sichern. Er bekräftigt seine Auffassung, daß das Engagement für die Stadt – gerade und besonders in schwierigen Zeiten – unvermindert andauern muß.

Der Deutsche Bundestag bringt die gemeinsame Erklärung der Parteivorsitzenden zur Berlin-Politik beim Bundespräsidenten vom 19. Juni 1978 in Erinnerung, in der u. a. ausgeführt wird:

„Die Berlin-Frage ist untrennbar mit der Deutschen Frage verknüpft. Bis zu deren Lösung bleibt Berlin Ausdruck und Sinnbild der als Folge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Trennung der Deutschen und eine Aufforderung an alle politischen Kräfte, die Teilung auf friedlichem Wege zu überwinden. Die Solidarität der Deutschen, die Verantwortung der drei Westmächte, die Verpflichtung der Bundesregierung für Berlin (West) sowie der Wille zu einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West sind die Grundpfeiler der Zukunft der Stadt und ihrer Bevölkerung.

Die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien werden die Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickeln, um die Lebensfähigkeit der Stadt dauerhaft zu sichern. Sie sehen darin eine nationale Aufgabe. Sie werden die wirtschaftliche, geistige und kulturelle Anziehungskraft von Berlin (West) erhalten und stärken. Sie appellieren an alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Verbände, dieses Ziel durch eigene Bemühungen wirksam zu unterstützen.“

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Senat von Berlin die Beratungen des Berlinförderungsgesetzes zügig zu einem die Struktur der Berliner Wirtschaft festigenden Abschluß zu bringen und von der geplanten Kürzung der Flugpreis-Subventionen Abstand zu nehmen.

Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung auf Bundesunternehmen und Unternehmen mit Bundesbeteiligung einzuwirken, einen fühlbaren Beitrag zur Stabilisierung der sehr ersten Arbeitsplatzsituation zu leisten.

Bonn, den 8. September 1982

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion